

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gernul Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1580  
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 256.

Dienstag, 2. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrists von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Das vorläufige amtliche Wahlergebnis.

### 47 Sitze der Rechtsparteien gegen 49 Sitze der Linken.

Nach den vorläufigen Feststellungen von amtlicher Seite stellt sich das Endergebnis der Landtagswahl wie folgt:

- Es haben erhalten:
- Alle Sozialdemokr. Partei 4 Mandate (neugewählt),
  - Deutschnationale Volkspartei 14 Mandate (bisher 19),
  - Deutsche Volkspartei 12 (19),
  - Sozialdemokratische Partei 31 (41),
  - Kommunisten 14 (9),
  - Demokraten 5 (8),
  - Wirtschaftspartei 10 (neugewählt),
  - Völkisch-Soz. Arbeitsgemeinschaft —,
  - Zentrum —,
  - Nationale Sozialisten (Hitler) 2 (neugewählt),
  - Aufwertungspartei 4 (neugewählt),
  - Hausbesitzer —.

Im ganzen wurden 2 357 699 gültige Stimmen abgegeben, und zwar entfielen auf den 1. Wahlkreis 875 429, den 2. Wahlkreis 649 098 und den 3. Wahlkreis 833 172 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 74 %.

## Die Landtagswahl in Sachsen

Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen am Sonntag ist in jeder Beziehung unerfreulich, ja beängstigend. In und für sich waren die parlamentarischen Verhältnisse Sachsens in den vergangenen Jahren schon verkommen genug. Der Ausgang der Wahl hat diese Unübersichtlichkeit der politischen Konstellation nicht nur nicht gemildert, sondern sie im Gegenteil in einem Maße verstärkt, das heute ein Ausweichen aus diesen Wirren nahezu ausgeschlossen erscheint. Die Enttäuschung ist allgemein. Die vereinigten Kommunisten und Radikalsocialisten haben aus dem vorliegenden Ergebnis die Lehre zu ziehen, daß eine Werra wie das Leipziger-Regime ihr das Gepränge gab, sich nicht verwirklichen läßt. Die Rechtsparteien haben zu erkennen, daß die parlamentarische Grundlage des neugeschaffenen sächsischen Landtages einem Bürgerkrieg jede Möglichkeit entzieht, sich bestimmend durchzusetzen. Die Große Koalition, wie sie die vergangene Mehrheit des sächsischen Landtages trug, ist zerfallen. Neue Mehrheitskombinationen führen schon von vornherein bis zur Erkenntnis ihrer Unmöglichkeit. Zersplitterung bis zur grotesken Erscheinung auf der ganzen Linie. Alle gegen alle, Interessengruppen, Berufsvertretungen gegen politische Parteien und Weltanschauungen. Das Ganze ein verworrenes Knäuel, der nicht unlösbar ist.

Auf der linken Seite ist zunächst ein unlegbarer Erfolg der Kommunisten zu buchen. Während sie im letzten Landtag nur über 10 Abgeordnetenmandate verfügten, haben sie diese Zahl jetzt auf 14 erhöhen können. Ihr Stimmenzuwachs erfolgte lediglich auf Kosten der Vereinigten Sozialdemokraten, die im alten Landtag 40 Sitze inne hatten, im neuen Landtag fünf davon wieder abgeben mußten. Das an diesem Misserfolg der Sozialdemokratie in der Hauptphase der erbitterten Streit im inneren Lager schuld ist, ist selbstverständlich. Es hat auch keineswegs zu überraschen, daß die Altsozialisten, d. h. die gemäßigteste Gruppe der Sozialdemokratie im sächsischen Landtag in ihrem Kampf gegen ihre radikalen Parteigenossen der Kürzeren stehen mußten. Durch die Teilnahme der Berliner Parteizentrale, die sich in der Praxis geradezu vernichtend gegen diese Gruppe auswirkte, und durch ein Fehlen von Parteiorganen, die sich ihrer Sache hätten annehmen können, war ihnen die letzte Möglichkeit genommen worden, im propagandistischen Sinne auf ihre Wählermassen einzuwirken. Dem stand eine scharfe Agitation der Radikalsocialisten gegenüber.

Der Misserfolg im bürgerlichen Lager war bedingt durch eine ausgesprochene Wahlmüdigkeit der Parteimassen, dann aber auch durch die Zersplitterung, die hier noch härter in Erscheinung trat als in den Reihen der sozialistischen Parteien. Die Verluste der Deutschnationalen von 19 auf 14 Sitze und die der Deutschen Volkspartei von 19 auf 12 Sitze sind zwar einermassen weitgehend durch Erfolge der Wirtschaftspartei und der Aufwertungspartei, die früher im sächsischen Landtag nicht vertreten, jetzt mit insgesamt 14 Abgeordneten eine starke Gruppe bilden. Aber abgesehen von dem Ergebnis der Wahl die Liste der bürgerlichen Abgeordneten des alten Landtags um einen Abgeordneten erhöht, so muß dies doch immerhin ein negatives Ergebnis auf Grund der Fehlschläge der Fraktionen und der Zersplitterung der Tendenzen und parteipolitischen Bestrebungen nahezu verpuffen.

So unerfreulich für die politische Ansicht der sächsischen Wählermassen auch das Ergebnis der Wahl ist, das dürftige Resultat enthält die Parteien nicht der Aufgabe, eine Regierungsgrundlage zu bilden. Diese Aufgabe ist schwer lösbar. Auf der einen Seite werden es die Altsozialisten, auf Grund des Kampfes, der von Seiten ihrer radikalen Genossen gegen sie getrieben wurde, entschieden ablehnen, sich einem kommunistisch-linken-sozialdemokratischen Block anschließen. Von den Demokraten wird andererseits den Radik-

alsocialisten sehr nahegelegt, durch eine Revision ihrer radikalen Bestrebungen die Voraussetzung für die Schaffung einer großen Koalition mit Ausschluß der Kommunisten und selbstverständlich auch der Deutschnationalen zu geben. Als Antwort auf diese sehr hart in Erscheinung tretenden Wünsche der Demokraten diene eine Auslassung des „Vorwärts“ über das sächsische Wahlergebnis: In diesem Punkte zeigt das Resultat die politische und wirtschaftspolitische Unfruchtbarkeit des deutschen Bürgertums. Man wird auch im Reich nicht zu diesem Ergebnis vorübergehen können. Diesen Worten noch zu urteilen, scheint die Sozialdemokratie also nicht allzu hart geneigt zu sein, aus ihrer bisherigen Stellung einer unfruchtbareren Opposition herauszutreten. Was übrigens durch den Hinweis auf eine Auswirkung des sächsischen Wahlergebnisses auf Verhältnisse im Reich doppelt unterstrichen wird.

Unseres Erachtens gibt es nur eine Möglichkeit, Ordnung in den Wirrwarr der parlamentarischen Dinge in Sachsen zu bringen. Diese Möglichkeit wäre die Schaffung eines Mehrheitsbündnisses, reichend von den Altsozialisten bis einschließlich zu den Deutschnationalen. Diese Kombination ist allerdings etwas kühl gedacht, aber immerhin, ihre Verwirklichung wäre ein Ausweg. Vielleicht der einzige Ausweg. Doch er erfordert ein klares und unabweisbares Eintreten der Altsozialisten für eine praktische und aufbauende Mitarbeit im Interesse des Staatsganges. Werden die Altsozialisten zu einem solchen Entschluß sich mitrufen können? Man möchte es hoffen.

## Die Berliner Blätter

### zu den sächsischen Landtagswahlen.

Die ungeliebte Parteizersplitterung — das ist die Klage, die in den Artikeln aller Berliner Blätter über den Ausgang der sächsischen Landtagswahlen zum Ausdruck kommen. Die Deutsche Tageszeitung schreibt, man könne sich des Gefühls tiefsten Bedauerns darüber nicht erwehren, daß große Möglichkeiten zur Erringung eines Erfolges der Staatsbürgerlichen Aktion an der ungeliebten Zersplitterung in kleine und kleinste Interessengruppen gänzlich gescheitert seien. — In der Täglichen Rundschau heißt es: Die Landtagswahl hat eine geradezu erschreckende Zersplitterung zur Folge gefördert. Es zeigt sich, wie sehr die Bevölkerung von dem Gedanken beherzigt ist, vor allem ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten zu sehen. Man darf daraus leider den weiteren Schluss ziehen, daß dies auch bei anderen Wahlen im Reich immer härter hervor tritt wird. — Nach der Germania, die es bedauert, daß es der Zentrumspartei trotz großer Anstrengungen nicht gelungen ist, wenigstens ein Mandat zu erringen, sind die wirtschaftlichen Sorgen, Arbeitslosigkeit, Aufwertungsbestrebungen usw. die Ursache dafür, daß große Massen von Wählern sich zu Gruppen gesammelt haben, die wahrscheinlich nicht beruher und befähigter als die großen politischen Parteien seien, die Räte und Sorgen des Alltags zu bannen und zu mildern. — Die Atomisierung des politischen Lebens, so heißt es in der Volksstimme, bedeutet die ernste Gefahr für den demokratischen Aufbau des Staatswesens überhaupt. — Das Berliner Tageblatt faßt sein Urteil in die Worte zusammen: Das rote Sachsen ist noch rüder geworden. Für den Reichsvorstand der Sozialdemokratischen Partei bedeutet dieses Ergebnis einen Fingerzeig dafür, daß seine inflexible Haltung in der sächsischen Frage den Parteinteressen schweren Abbruch getan hat. — Der Vorwärts sagt: Alles in allem ein trübes Ergebnis, das im Zeichen der wirtschaftlichen Depression steht, die sowohl die Entwicklung des Verhältnisses der bürgerlichen Parteien untereinander wie auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erklärt.

## Die sächsische Linke zum Wahlergebnis.

Das sächsische Organ der radikalen Sozialisten, die „Dresdner Volkszeitung“, macht ihrem Unmut über den ausgedehnten Erfolg der Linksozialisten in scharfen Angriffen auf die Altsozialisten Luft, die sie für den Misserfolg der sozialistisch-kommunistischen Pläne verantwortlich macht. Sie glaubt den Altsozialisten vorhalten zu können, daß ihr einziger bedeutender Erfolg die Verhinderung der proletarischen Mehrheit sei, da die A. S. P. nicht mehr als proletarische Partei angesehen werden könne. Im übrigen konstatiert sie einen völligen Misserfolg der verhassten Bruderpartei, während das Blatt der Altsozialisten, der „Volkskammer“, unter der Überschrift „Das Banner kehrt“ ihre vier Mandate als einen sehr beachtlichen Erfolg hinstellt, der um so höher zu veranschlagen sei, als die Partei erst vor vier Monaten mit ihrer Organisationsarbeit begonnen habe und ihr der alljährlich ausgearbeitete Organisationsapparat der Sozialdemokraten gegenüberstanden habe mit dem ausdrücklichen Ziele, sie niederzuwalzen. Jetzt sieht die A. S. P., so schreibt der „Volkskammer“, wo sie Wurzel gefaßt hat — bisher konnte sie noch nicht einmal das überleben —, jetzt weiß sie, wo sie mit zäher Arbeit einsehen muß. Sie wird es daran nicht fehlen lassen.

Für die nächste politische Entwicklung bedeutsam ist die Einstellung der beiden Parteien gegenüber der künftigen Regierungsbildung. Die radikale „Dresdner Volkszeitung“ heißt fest, daß eine Linkregierung unmöglich ist. Sie schreibt:

„Obgleich unter den 96 Abgeordneten des Landtags 49 sind, die sich sozialistisch nennen, kann von einer sozialistischen Mehrheit in Sachsen nicht mehr die Rede sein, denn es ist praktisch ausgeschlossen, daß eine Regierung zustande kommen könnte, die sich auf die Alte Sozialdemokratische Partei stützt, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunisten stützt. Andererseits wird auch eine Mehrheit für eine bürgerliche Regierung nicht leicht zu finden sein, es sei denn, daß sich alle bürgerlichen Parteien, ohne Ausnahme, zusammenfinden, und die A. S. P. sich diesem bürgerlichen Block anschließt. Wir glauben zwar, daß die A. S. P. in einer solchen Regierungsmehrheit brauchbar sein wird. Ob aber gleichzeitig die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei auf der einen Seite und die Aufwertungspartei auf der anderen Seite brauchbare Glieder einer Regierungsmehrheit sein werden, ist zum mindesten fraglich.“

Auch der „Volkskammer“ muß natürlich feststellen, daß die Parteizersplitterung „nicht eben ein fruchtbares Wirken erwarten lasse“, er läßt jedoch erkennen, daß die A. S. P. mit einer Teilnahme an der künftigen Regierung rechnen, wenn er ausführlich:

„Weber ist eine eindeutige Linke, noch eine eindeutige Rechtsmehrheit möglich. Man kann sich vorstellen, daß die Frage der Regierungsbildung nur in langwierigen Anstrengungen, in hinfälligen Bemühungen zu lösen ist. Die A. S. P. wird dabei, trotz ihrer wenigen Mandate, vorwiegend nicht ganz ohne Bedeutung sein. Es wäre verfrüht, schon jetzt Stellung zu nehmen. Nach ihrer ganzen Vergangenheit, nach der Richtung, die sie eingeschlagen hat, wird sie sich aber wohl, wie es auch bisher geschah, von nichts anderem lassen lassen, als von der Sorge um das Wohl der schaffenden Bevölkerung und der Rücksicht auf das, was die staatlichen Bedürfnisse erfordern.“

## Die auscheidenden sächsischen Abgeordneten.

Dresden. Der sächsische Landtag wird nach dem Ergebnis der Wahl vom vergangenen Sonntag eine erheblich andere Zusammensetzung als früher haben. Nicht weniger als 50 bisherige Abgeordnete werden durch andere ersetzt. Unter den Auscheidenden befinden sich Persönlichkeiten, die zum Teil sehr lange und sehr erfolgreiche parlamentarisch tätig gewesen sind. — Von den bisherigen altsozialistischen Ministern kehrt nur der Innenminister Müller als wiedergewählt in den Landtag zurück. Ministerpräsident Seibt und der Wirtschaftminister Müller sind bei der Wahl unterlegen. Das gleiche gilt vom Landtagspräsidenten Winkler. Er auch der zweite Vizepräsident Wilmanns nicht wiedergewählt, wird demnach die erste Sitzung des neuen Landtags durch den seitberien crien Vizepräsidenten Dr. Eckardt eröffnet werden müssen.

Unter den nicht wiedergewählten Altsozialisten befinden sich die Abg. Göttsch und Drecher, die mit zu den Demobilisierten im Landtage zählten. Von bekannten altsozialistischen Abgeordneten kehren ferner nicht wieder Heibbe, Franz Wänter, Schönbauer, Schirch usw.; alles Persönlichkeiten, die wiederholt energisch in die Verhandlungen eingegriffen haben.

Von den Linksozialisten kehren Dr. Sachs, Krahmer, Tempel und Hellisch nicht wieder zurück. Die Kommunisten haben, wohl auf Befehl von Moskau, die Abg. Grotz, Kranz und Grube ausgeschiedt. Niemand wird sie vermissen.

Aber auch auf den Reihen der bürgerlichen Fraktionen werden sehr bedeutende Änderungen vor sich gehen. — Die Deutschnationalen werden vor allem das Wechselspiel Heibbe als eine schwere Lücke fühlen. Auch der Abg. Winkler hat eine erneute Kandidatur abgelehnt. Nicht wiederkehren werden ferner die Abg. Börner, Rammelsberg, Kerschmar, Kaula und Dr. Tzsch. Der Abg. Jäger war bekanntlich gegen Landtagsende aus der Partei und aus der Fraktion ausgeschieden und hat sich dem Fernsehen nach der Wirtschaftspartei angeschlossen; daselbst gilt von dem Abg. Wänter (Demokrat), der als langjähriger Führer der alten Fortschrittspartei zu den Veteranen des sächsischen Landtages zählt.

Der neuen Fraktion der Demokraten werden weiterhin nicht mehr angehören die Abg. Jähmig, Wehrmann und Dr. Weinel.

Ebenfalls erheblich ist die Zahl der nicht wiederkommenden Fraktionsmitglieder der Deutschen Volkspartei. Drei der hier auscheidenden zählen zu den ältesten Mitgliedern des sächsischen Parlaments: Anders, Dr. Rietzhammer und Donath. Das Vizepräsident Dr. Hubmann die Übernahme einer Kandidatur verweigert hat, wurde schon erwähnt, das gleiche gilt von Weinel-Lanzenberg. Bei der Wahl unterlegen sind die seitherigen Abg. Garwitz, Franz Dr. Hertwig-Bünker, Schiffmann, Wilschke und Wilschke.

Unter den neu einsetzenden Abgeordneten befinden sich mehrere, die bereits dem sächsischen Landtag bzw. dem Reichstage angehört haben. Das gilt von dem Deutschnationalen Dr. Doener, der Demokratin Ullrich-Weil, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bud, ferner von dem ehem. Justizminister und Linksozialisten Ken. Die Linksozialisten Schulze und Wilde gehörten schon dem Landtag in der Vorkriegszeit an. Der im Chemnitzer Wahlkreis gewählte Kommunist Köhler hat sich bereits im Reichstage betätigt.